Nummer 146 — Halle, Freitag, den 25. Juni 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22813. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der bekannte Schriftsteller Dr. Paul Rohrbach hat dem Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei mitgeteilt daß er seine Mitgliedschaft in der Partei aufgebe, insbesondere wegen der unklaren Haltung der Partei gegenüber dem kommunistischen Volksentscheid auf Fürstenenteignung.

*

Professor Eberhardt von der Technischen Hochschule in Darmstadt, der mit einem Freiballon nach der Tschechoslowakei geflogen und bei der Landung festgenommen worden war, ist wieder freigelassen worden; die Freilassung des Ballonführers steht bevor.

*

Der deutsche Botschafter in Neuyork, Freiherr v. Maltzan, ist gestern mit dem Dampfer „Albert Ballin" nach Deutschland abgereist.

*

Auf einem zu Ehren des deutschen Vermessungsschiffes „Meteor" vom deutschen Gesandten in Rio de Janeiro gegebenen Essen betonte der brasilianische Außenminister die starken Sympathien Brasiliens für Deutschland, die durch Brasiliens Völkerbundsverhalten in keiner Weise beeinträchtigt seien; er schloß mit sehr herzlichen Wünschen für Deutschlands Wiederaufstieg.

*

In Spandau versuchten Kommunisten wiederholt in eine Markthalle einzudringen, in der eine Hitler-Versammlung stattfand. Die Polizeibeamten mußten mehrfach von dem Gummiknüppel Gebrauch machen. Nach Beendigung der Versammlung kam es zu einer Schlägerei. Die Polizei nahm 7 Personen fest.

*

Die in der Presse verbreitete Nachricht, daß die Verhandlungen über die Finanzierung der auf Grund der Reichsgarantien nach Rußland zu bewirkenden Warenlieferungen abgebrochen seien, ist unrichtig. Die Verhandlungen werden unter Vermittlung des Reichswirtschaftsministers fortgesetzt. Gestern ist eine Antwort der Sowjetregierung in Berlin eingegangen. Ihr Inhalt wird Gegenstand der weiteren Verhandlungen sein.

*

Im Danziger Volkstag wurde gestern mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit das neue Aufwertungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet. Das Gesetz wurde als Bestandteil der Verfassung erklärt, ein Volksentscheid in Aufwertungsfragen ist daher unmöglich und die Aufwertung endgültig geregelt.

*

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages nahm einstimmig einen Antrag an, die Beschäftigung polnischer Landarbeiter nach Möglichkeit einzuschränken.

*

Das württembergische Staatsministerium hat dem Landtag einen Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz zugehen lassen, in dem zur Beteiligung des württembergischen Staates am Ausbau der Voralberger Wasserkräfte 1 760 800 M. angefordert werden.

*

Wie dem Pariser „Petit Journal" gemeldet wird, soll das zur Besetzungsarmee gehörende 402. Infanterie-Regiment demnächst endgültig nach Frankreich zurückkehren und wahrscheinlich in Toul und in Metz Garnison beziehen. Weitere Regimenter werden demnächst vom Kriegsminister wieder in die Heimatgarnison eingereiht werden.

*

Der italienische Unterrichtsminister richtete ein Rundschreiben an alle Unterrichtsverwaltungen in Italien, durch Geld- und Bücherspenden zur Ausgestaltung der italienischen Volksbibliotheken in Südtirol beizutragen.

*

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 14. d. M. 1 629 900, das sind 20 781 mehr als in der Vorwoche und 349 530 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. — Folgen des Streiks.

Das englische Unterhaus hat in zweiter Lesung die Vorlage betr. die Reorganisierung des Kohlenbergbaues angenommen.

*

Wie Havas aus Lissabon berichtet, hat die neue portugiesische Regierung die Zensur über die gesamte Presse verhängt. Der Kriegsminister duldet jedoch keine weißen Stellen, sondern fordert, daß jede gestrichene Nachricht durch eine andere ersetzt werde.

*

In Mekka kam es zwischen englisch-ägyptischen Truppen und einer Schar Wahabiten zu einem schweren Zusammenstoß. Als die vom Sultan Ibn Saud entsandten Wahabitentruppen sich bemühten, die Ordnung wiederherzustellen, eröffneten die Aegypter das Feuer und töteten 25 Personen aus der Menge. Der Sultan begab sich persönlich nach dem Schauplatz des Zusammenstoßes, um die Ordnung wiederherzustellen.

Die Hauszinssteuer vom Landtag angenommen.

In der Mittwochsitzung des Preußischen Landtags hatte die preußische Regierung insofern einen Sieg zu verzeichnen, als das Haus mit 216 gegen 187 Stimmen der Rechten, also mit 29 Stimmen Mehrheit, der Hauszinssteuer zustimmte. Diese Vorlage, die zur dritten Lesung stand und nun endgültig verabschiedet ist, bringt inhaltlich nichts erheblich anderes als jene Regierungsvorlage, die vor Ostern mit geringer Mehrheit abgelehnt wurde. Das neue Hauszinssteuergesetz wird mit dem 1. Juli 1926 in Kraft treten und ist in seiner Geltungsdauer bis zum 31. März 1928 befristet.

Vom 1. Juli 1926 ab dürfen gemeindliche Zuschläge zur Hauszinssteuer nicht mehr erhoben werden. Die Steuer beträgt 1000 Proz. der Grundvermögenssteuern und bringt somit eine Erhöhung. Es sind aber eine ganze Anzahl sozialer Bestimmungen vorgesehen, und es ist eine Staffelung eingefügt, die den Grundstücken zugute kommt, die am 31. Dezember 1918 mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 40 Proz. des Wertes belastet waren.

Innerhalb der Regierungsparteien selbst bestand über die Vorlage namentlich insofern eine Differenz, als die Sozialdemokraten die vorgesehene völlige Befreiung der Landwirtschaft von der Hauszinssteuer als das größte Unrecht dieses Gesetzes bezeichnen. Sie stehen in dieser Beziehung aber einer kompakten Mehrheit gegenüber, die von den Deutschnationalen bis in die Reihen der Demokraten hineinreicht.

Auch die anderen Parteien, die dem Hauszinssteuergesetz zu einer Mehrheit verholfen haben, empfinden diese Steuer, die insbesondere ja von den Mietern zu tragen ist, letzten Endes als unsozial. Sie erwarten, daß bei einer Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern das ganze Hauszinssteueraufkommen für den Wohnungsneubau zu verwenden und nicht wie jetzt zu mindestens der Hälfte für den allgemeinen Finanzbedarf der Länder. Die Kommunisten, als unentwegteste Verneiner der Hauszinssteuer, beantworteten die Annahme mit Pfuirufen.

Zusatzmiete bei baulichen Veränderungen.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags nahm am Mittwoch einen vom Zentrum, der Bayrischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschnationalen Volkspartei unterstützten Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsmietengesetzes an. Danach soll folgende Bestimmung über Erhebung einer Zusatzmiete eingefügt werden:

„Sind an einem Gebäudeteil nach dem 1. Juli 1926 mit Zustimmung des Mieters oder der Mehrzahl der beteiligten Mieter bauliche Veränderungen vorgenommen, die den Gebrauchswert erhöhen und nicht als Instandsetzungsarbeiten anzusehen sind, und ist die Friedensmiete nicht erhöht worden, so kann der Vermieter die zur angemessenen Verzinsung und Tilgung des zweckmäßig aufgewandten angemessenen Kapitals erforderlichen Beträge nach dem Verhältnis der Friedensmieten auf die Mieter umlegen, für die der Gebrauchswert der gemieteten Räume erhöht wird (Zusatzmiete). Wird der Gebrauchswert in verschiedenem Umfange erhöht, so hat die Umlegung nach dem Verhältnis der Erhöhung zu erfolgen. Im Streitfall entscheidet das Mietseinigungsamt."

Die Finanzlage des Reiches.

Inflationsgefahr?

In der gestrigen Reichstagssitzung legte Reichswirtschaftsminister Curtius die Novelle zum Bankgesetz vor, durch die die Rediskontmöglichkeit für Schatzwechsel des Reiches wiedergeschaffen wird. Der Minister betonte, daß das Reichsbankdirektorium und die Reparationskommission — letztere war wegen etwaiger Gefährdung der Währung zu hören — sich mit der Novelle einverstanden erklärt haben.

Abg. Hergt (Dn.) stimmt der Vorlage zu, betont aber, daß von der in der Novelle geschaffenen Möglichkeit im Interesse der Stabilität unserer Finanzen nur ganz vorübergehend Gebrauch gemacht werden dürfe. Ein notwendig werdender Nachtrag zum Etat würde eine Ausgabeforderung von 400 bis 500 Millionen Mark tragen müssen. Da sei die Versuchung sehr groß für den Finanzminister, das ihm in der Novelle gegebene Instrument der Schatzwechsel zur Verschleierung eines Defizits auszunützen.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erwiderte: Es ist vollkommen unrichtig, von einem Defizit unserer Finanzen zu sprechen. Die Reichskasse kommt vollkommen mit ihren Mitteln aus, und wenn nicht wider Erwarten eine Verschlechterung unserer Wirtschaftslage eintritt oder der Reichstag die Ausgaben steigert, dann können wir durchaus im Rahmen unseres Etats bleiben und werden das Jahr 1926 so abschließen, wie wir es berechnet haben. Das vorliegende Gesetz bezweckt nur, daß wir uns den Augenblick aussuchen können, in welchem wir an den Anleihemarkt appellieren wollen. — Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß.

Ohne Aussprache wird der deutsch-esthnische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag in allen drei Lesungen angenommen.

Bei der dann folgenden ersten Beratung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages und der zweiten Beratung des Zollabkommens mit Dänemark kam die Gegnerschaft der Sozialdemokraten und Demokraten gegen die Landwirtschaft zum Ausdruck, die noch zu schweren Zusammenstößen über die demnächst zu regelnden Agrarzölle führen wird.

Interpellation über die Lebensmittelzölle.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der sie darauf verweist, daß am 1. August nach dem geltenden Zolltarifgesetz die bisherige Regelung der Lebensmittelzölle ihr Ende erreichen soll. In dem vorliegenden schwedischen Handelsvertrag seien Lebensmittelzölle eingesetzt, die sehr erheblich über die bisherigen hinausgingen und die, wenn der Vertrag in Kraft träte, eine außerordentliche Verteuerung der gesamten Lebenshaltung der breiten Massen bewirken würden. Die Reichsregierung wird daher in der Interpellation gefragt, ob sie bereit sei, über die Grundlagen ihrer Handelspolitik dem Reichstag Auskunft zu geben, und zwar insbesondere darüber, ob eine Verlängerung der bisherigen Lebensmittelzölle, mit ihren geringeren als den autonomen Sätzen, über den 1. August hinaus von ihr beabsichtigt sei.

„Freiwillige Steuern für die Heimat".

In der „Zukunft" (Zabern), dem tapferen Wortführer der elsaß-lothringischen Autonomiebewegung wird zu einer Selbstbesteuerung aufgerufen, um den Landsleuten, die wegen ihres Eintretens für die Heimatrechte (Unterzeichnung des Aufrufs des „Elsaß-Lothringischen Heimatbundes") bisher schon gemaßregelt worden sind, zu helfen.

„Elsässer und Lothringer, wollt ihr haben, daß diejenigen, die ihre Freiheit und Existenz aufs Spiel setzen, die sich voll edlen Mutes den Feinden entgegenwerfen, zur Rettung unseres Volkes vor schmachvollem Untergang, die sich aufopfern, damit ihr und eure Nachkommen euren gerechten Teil habet an den Gütern, die unser Land birgt, wollt ihr, daß diese Braven Not leiden? Nein, Ihr wollt es nicht! Die „Zukunft" verlangt heute von allen Elsässern und Lothringern, daß sie freiwillige Steuern zahlen für die Hebung des Ansehens unseres Volkes. Wir wollen den Feinden, wir wollen der ganzen Welt zeigen, daß es in Elsaß-Lothringen noch Sinn für Volks- und Bürgerfreiheit gibt. Wir gründen hiermit einen Fonds zur Unterstützung der gemaßregelten Heimatkämpfer. Freiwillige Steuern für das zukünftige Elsaß-Lothringen soll er heißen. Elsässer und Lothringer! Hier darf keiner fehlen. Jeder muß sein Teil beitragen. Es geht um die Heimat!"

Ein edles Beispiel tätiger Vaterlandsliebe!

Caillaux Finanzminister.

Poincaré scheidet aus.

Der politischen Gewandtheit Briands ist es zwar nicht gelungen, für einen Poincaré als Finanzminister die nötigen Mitarbeiter und die Zustimmung einer Parteimehrheit zu erhalten. Er hat daher den Plan fallen lassen müssen. Dafür ist es ihm nunmehr gelungen, durch ein Abrücken von der gedachten halb rechten Koalition den Mann als Finanzminister und Vizepräsidenten zu gewinnen, den man als den bedeutendsten politischen Kopf und besonders Finanzpolitiker ansieht: Joseph Caillaux, der allerdings persönlich recht schlecht mit Briand steht und ungewöhnlich weitgehende Vollmachten auf finanziellem Gebiete gefordert haben soll.

Dank Caillaux' Zusage ist nunmehr auch bereits ein neues Kabinett zustande gekommen, in dem Briand den Posten des Ministerpräsidenten und Außenministers innehat. Seiner parteipolitischen Zusammensetzung nach ist es ein Kabinett der Mitte, das aber dank der Persönlichkeit Caillaux' auf das Wohlwollen der Linken rechnen kann. Als seine Hauptaufgabe sieht es die Finanzsanierung an; ob sie gelingt, ist eine andere Frage.

Schwarz-Weiß-Rot gegen Schwarz-Rot-Gold.

Von Dr. G. W. Schiele, Naumburg.

Was bedeutet eigentlich eure schwarz-weiß-rote Fahne als Symbol? Wofür marschieren und schlagen sich die Heere von rechts und von links? Welche Ideale schweben über eurem Heereszug und führen ihn? Was scheidet euch von Schwarz-Rot-Gold und von der roten Fahne mit dem Sowjetstern? Sprecht es aus, wenn ihr es wißt!

Diese Frage wird in der „Berliner Börsenzeitung" Nr. 237 unter der Ueberschrift: „Die geistigen Grundlagen der Rechtsbewegung" von Valentinus gestellt.

Ist es nur alter Bruderhaß, der euch trennt? Ist es nur die Schuldfrage über Krieg und Kriegsausgang, die das Volk in zwei Lager auseinanderjagt? Dann wäre es Zeit, den Haß zu überwinden, damit wir nicht für immer unser Volk entzweien.

Oder ist es die monarchistische Idee, die über der Fahne **Schwarz-Weiß-Rot** schwebt, wie die republikanische über **Schwarz-Rot-Gold**? Dann wäre die Zukunft gegen uns. Die monarchistische Idee ist Erinnerung; — aber Erinnerung macht keine neue Geschichte. Eine Monarchie wird niemals von Monarchisten errichtet oder wiedererrichtet, sondern von Monarchen. Wenn das deutsche Volk in zwei Teile getrennt einander gegenübersteht, so ist es nicht die monarchistische Idee hier oder die republikanische dort, worüber sie kämpfen werden.

Oder ist es etwa die nationale Idee gegenüber der internationalen? Was heißt nationale Idee? Meinen wir damit nur den Imperialismus? Die Macht und Ueberlegenheit unseres Volkes über andere? Gewiß ein starkes Motiv, — aber doch nicht genug, um gewaltige Volksmassen, z. B. die Deutschnationalen, in einer Partei zusammenzuhalten; — heute besonders zu fern und zu phantastisch, — der Not unserer Lage zu sehr widersprechend, — und darum als Idee wie ein Spielzeug wirkend.

Es ist nicht so leicht, das, was die Volksseele entzweit und entzweien muß, darzustellen. Vielleicht sind das Stärkste darin nicht Worte, sondern Gefühle, — Herzensgedanken. Nicht Ideen, sondern Imperative, — nicht nur Weltanschauung, sondern mehr, nämlich sittliche Wertungen und Gebote des Gewissens.

Valentinus, der die Frage stellt, gibt die Antwort: „Aristokratismus gegen Demokratie." Aber das sind nur griechische Vokabeln, die in deutschen Ohren keinen reinen und tiefen Klang erwecken, sondern mißverstanden werden. Wir wollen eine deutsche Antwort versuchen:

* * *

Die Zeit des Materialismus geht zu Ende; — das Zeitalter eines neuen Idealismus beginnt.

Die Marxisten und Materialisten füttern die gemeindenkende Masse mit Versprechungen auf materielle Vorteile. Es handelt sich bei ihnen um das Wohlleben der Viel-zu-Vielen. Nietzsche hat es genannt: das Weideglück der großen Masse. Es handelt sich schließlich nur um Tarifpolitik, — um etwas mehr Geld, — um lebenslängliche Versorgung, — grob gesprochen um Futtertrogideen, wie sie eine Viehherde schließlich auch verstehen kann.

Demgegenüber erhebt sich ein neuer Idealismus, welcher vor jener Weltanschauung einen Ekel bis zum Erbrechen empfindet. Dieser neue Idealismus nennt sich „völkische Idee". Valentinus hat ganz recht, wenn er ihn als aristokratischer Natur empfindet. Nur hat er gar nichts mit der alten Aristokratie von Namen oder Besitz oder Bildung zu tun. Er wird vielmehr am stärksten empfunden und gelebt in demjenigen Teile deutscher Jugend, welcher im Großstadtproletariat groß geworden ist, aber den physischen Ekel vor dem Gemeinen verbindet mit der klaren Erkenntnis der Großstadtgefahren für Leib und Seele des Volkes. Er ist zu Hause in den besten Kreisen der deutschen Jugendbewegung, und darum hat er die Zukunft.

Dieser neue Lebenswille geht auf Veredelung der Art; — aber nicht auf einem rein materiellen Wege, — sondern durch Adelung des einzelnen, — durch sittliche Kräfte, — durch Erziehung, Zucht, Züchtung. Es ist eine durchaus adelig empfindende Jugend, welche im proletarischen Gewande aufmarschiert. Sie macht aus der Verarmung einen sittlichen Ansporn zur Reinigung und Ertüchtigung.

Die völkische Idee ist auch im besten Sinne des Wortes konservativ, d. h. auf deutsch: staats-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260625013/fragment/page=0001

erhaltend und volkserhaltend. Sie kann nicht auf den gemeinen gegenwärtigen Vorteil, sondern auf die Zukunft. Man überlege, was das für die Geltung der Familie, für die Idee des Staates, für die Erziehung und Ertüchtigung der Nation bedeutet.

Es muß wieder und wird wieder ein deutsches Staasvolk entstehen.

Blutige Zusammenstöße in Polen.

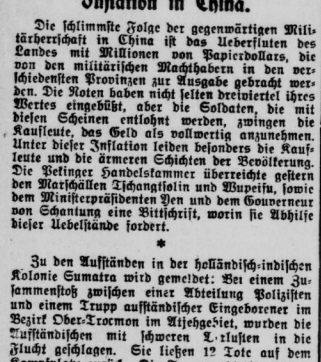
Nach Blättermeldungen aus Warschau kam es in Hofstynen in Kongreßpolen zu blutigen Zusammenstößen zwischen einer Volksmenge und der Polizei. Auf dem Wochenmarkt wurde eine Frau von einem Polizisten verhaftet, weil sie sich den polizeilichen Anordnungen nicht fügen wollte. Als sie schrie, daß der Polizeibeamte sie geschlagen habe, sammelte sich eine große Menschenmenge an, die das Polizeikommissariat in dem sich Waffen und Munition befinden, zu stürmen versuchte. Der Polizeikommissar gab darauf seinen Beamten den Befehl, auf die Menge zu schießen. Die Beamten gaben drei Salven ab, wodurch nach Mitteilung des Warschauer sozialdemokratischen Blattes „Robotnik" drei Personen getötet und sieben verwundet wurden. Die Menge konnte schließlich zerstreut werden, nachdem 14 Personen verhaftet worden waren.

Inflation in China.

Die schlimmste Folge der gegenwärtigen Militärherrschaft in China ist das Ueberfluten des Landes mit Millionen von Papierdollars, die von den militärischen Machthabern in den verschiedensten Provinzen zur Ausgabe gebracht werden. Die Noten haben nicht selten dreiviertel ihres Wertes eingebüßt, aber die Soldaten, die mit diesen Scheinen entlohnt werden, zwingen die Kaufleute, das Geld als vollwertig anzunehmen. Unter dieser Inflation leiden besonders die Kaufleute und die ärmeren Schichten der Bevölkerung. Die Pekinger Handelskammer überreichte gestern den Marschällen Tschangtsolin und Wupeifu, sowie dem Ministerpräsidenten Yen und dem Gouverneur von Schantung eine Bittschrift, worin sie Abhilfe dieser Uebelstände fordert.

*

Zu den Aufständen in der holländisch-indischen Kolonie Sumatra wird gemeldet: Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Abteilung Polizisten und einem Trupp aufständischer Eingeborener im Bezirk Ober-Tromon im Atjehgebiet, wurden die Aufständischen mit schweren Luftbomben in die Flucht geschlagen. Sie ließen 12 Tote auf dem Kampfplatze zurück. Die Truppenabteilung hatte nur vier Leichtverletzte.



Schlecht Wetter in Paris.

„Wissen Sie, wir dürfen auch in der Politik unsern trocknen Humor nicht verlieren!"

„Ja, das ist auch das einzig Trockene bei diesem Wetter!"

Alle Aenderungsanträge abgelehnt.

Die Fürstenvermögen vor dem Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm gestern die Beratung über das Fürstenabfindungsgesetz auf. Auf sozialdemokratische Anfrage erklärte Reichskanzler Dr. Marx, daß die Regierung nach wie vor der Ansicht sei, daß

das Gesetz verfassungsändernden Charakter

trage und daher zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Auf Antrag des Vorsitzenden, Abg. Dr. Kahl, beschloß der Ausschuß, die Frage der Verfassungsänderung bis nach Erledigung der sachlichen Beratung zurückzustellen.

Nach der Vorlage hat den Vorsitz des Sondergerichts der Reichsgerichtspräsident. Der Reichspräsident ernennt auf Vorschlag der Reichsregierung den Stellvertreter des Präsidenten die weiteren acht Mitglieder des Gerichts und die notwendigen Stellvertreter. Vier von den weiteren Mitgliedern und deren Stellvertretern müssen Mitglieder von ordentlichen Gerichten oder von Verwaltungsgerichten des Reiches oder der Länder sein.

§ 1 wurde darauf mit elf gegen drei Stimmen bei zwölf Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten, Deutschnationalen und Völkischen enthielten sich der Stimme.

Entscheidung nur auf Antrag.

§ 2 behandelte die Zuständigkeit des Gerichts und sagt, daß das Gericht tätig wird auf Antrag eines Landes oder eines Mitgliedes eines Fürstenhauses. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragte die Streichung der Bestimmung, daß das Gericht nur auf Antrag tätig wird. Bei Annahme dieser Bestimmung würde das Gesetz praktische Bedeutung nur für Preußen und Koburg-Gotha haben. Auf Fragen erklärte der Vertreter der Thüringischen Staatsregierung, bei Annahme der Regierungsvorlage bestehe für Thüringen die Möglichkeit, das Sondergericht nicht nur im Falle Koburg-Gotha anzurufen sondern auch in den Fällen, wo Fürstenhäuser gegen abgeschlossene Vergleiche den Nichtigkeitseinwand erhoben haben. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller bei Stimmenthaltung der Kommunisten abgelehnt.

Im zweiten Absatz des § 2 wird bestimmt, daß eine bereits abgeschlossene Gesamtauseinandersetzung vom Sondergericht nur noch einmal aufgerollt werden darf, wenn beide Parteien das beantragen.

Abg. Landsberg (Soz.) begründete einen sozialdemokratischen Antrag, wonach zur Wiederaufrollung der Antrag des beteiligten Landes genügen soll. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. § 2 wurde mit dem gleichen Stimmverhältnis wie § 1 angenommen, ebenso ohne Aussprache § 3, der die Fristen für die Anträge beim Sondergericht festsetzt.

§ 4 besagt: „Der Umfang der Auseinandersetzungsmasse wird durch die Anträge der Parteien bestimmt. In die Auseinandersetzungsmasse können jedoch Vermögensstücke insoweit nicht einbezogen werden, als sie in einem anderen Lande und dem Fürstenhause, das dort regiert hat, unter den Parteien aufgeteilt sind." Ein sozialdemokratischer Streichungsantrag wurde abgelehnt und § 4 mit der gleichen Mehrheit angenommen.

Was ist Staats-, was Fürsteneigentum?

§ 5 stellt folgende Richtlinien auf: Als Staatseigentum gilt, was das Fürstenhaus oder seine Mitglieder erworben haben: a) auf Grund von Handlungen, die das Fürstenhaus oder eines seiner Mitglieder nur kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung vornehmen konnten oder auf Grund des Völker-, Staats- oder übrigen öffentlichen Rechtes mit Ausnahme der unter Zustimmung einer Volksvertretung verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze, b) gegen Leistungen, die sie nur kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung bewirken konnten. Als Privateigentum gilt, was das Fürstenhaus oder eines seiner Mitglieder erworben hat a) mit privaten Mitteln, b) unentgeltlich (im Erbgang, als Mitgift, auf Grund privater Schenkung oder aus ähnlichen Gründen) und auch nicht gegen Leistungen, die sie nur kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung bewirken konnten. — Nach kurzer Debatte wurden mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie bisher die Abänderungsanträge der Deutschnationalen und Sozialdemokraten abgelehnt und § 5 angenommen.

Nach § 6 kann das Reichssondergericht auf Antrag einer Partei von einem nach der Revolution ergangenen rechtskräftigen Urteil abweichen, wenn es feststellt, daß es auf Gründen beruht, die mit den Vorschriften der Paragraphen fünf und acht des vorliegenden Gesetzes unvereinbar sind.

Der § 6 wurde unter Abweisung aller Aenderungsverträge bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, ebenso ohne Aussprache der § 7, der besagt, daß das Reichssondergericht diejenigen Vermögensstücke zu einer Teilungsmasse zusammenzufassen hat, bei denen die Rechte und Eigentumsverhältnisse nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten festzustellen sind.

Die Weiterberatung wurde auf Donnerstagvormittag vertagt.

Woher eine ⅔ Mehrheit?

Die schnelle Erledigung der sieben ersten Paragraphen des Regierungsentwurfs in der gestrigen Rechtsausschußsitzung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß irgend welche Aussichten auf eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag und damit auf Annahme des Gesetzes bisher nicht bestehen, da Deutschnationale und Sozialdemokraten ablehnen und ohne die eine oder andere Partei die Zweidrittelmehrheit nicht zu erreichen ist.

Reichskanzler Marx scheint entschlossen zu sein, bis Anfang Juli eine Entscheidung herbeizuführen oder anderen falls den Reichstag aufzulösen. Die Führer der Regierungsparteien hatten gestern eine Besprechung über die Zweidrittelmehrheit, in der angeblich zum Ausdruck kam, daß man hoffe, mit den Sozialdemokraten zu einem Kompromiß zu kommen und mit ihrer Hilfe das Gesetz durchzubringen.

Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, vor die die Finanzlage des Reiches und die Wirtschaftskrise im Herbst die Regierung stellen wird, ist es durchaus wahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten nur sehr ungern die jetzige Regierung stürzen und dann selbst in die Regierung eintreten würden. Denn eine Bewältigung der Gefahren ist nur durch Ablehnung des Marxismus möglich. Die Mitregierung der Sozialdemokraten würde die Schwierigkeiten nur vergrößern und damit den künftigen Bestand der sozialistischen Partei schwer gefährden. Auch Reichstagsauflösung und Neuwahlen würden schwerlich im Parteiinteresse der Sozialdemokraten liegen wegen der Gefahr eines sehr starken Stimmverlustes an die Kommunisten.

Andererseits müssen die Deutschnationalen sich fragen, ob ihr auch gestern bekundeter Standpunkt, auf ihrer bisherigen Stellungnahme zu beharren, wirklich richtig ist. Politik ist keine Prinzipienreiterei, sondern soll praktische Arbeit leisten im Gesamtinteresse des Volkes. Wir sehen die Möglichkeit solcher praktischen Arbeit für die Deutschnationalen nicht, wenn sie nicht dazu beitragen, die an sich durchaus nicht sonderlich wichtige und nur aufgebauschte Fürstenvermögensfrage aus der Welt zu räumen und das auch die Grundlagen für eine ruhige, sachliche und dem Gesamtinteresse dienende Bearbeitung der wirklich wichtigen Aufgaben der Finanz- und Wirtschaftssenierung zu schaffen. — Angesichts der außerordentlich komplizierten parlamentarischen Lage wird auf diesen Punkt noch eingehend zurückzukommen sein.

Kirchenaufsicht und Religionsunterricht.

An Hand eines Einzelfalles wurde in einer Kleinen Anfrage eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten das Staatsministerium um Auskunft ersucht, ob es zutreffe, daß Kirchenaufsicht untrennbar vom Religionsunterricht sei.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist nach den unter dem Ministerium Haenisch ergangenen Bestimmungen, die noch heute in Geltung sind, die Teilnahme von Lehrern an kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Schule stets freiwillig. Zu den kirchlichen Feiern rechnen Gemeindegottesdienste, Prozessionen und andere Feiern, die nicht Veranstaltungen der Schule sind. Anders liegt es bei den Schulfeiern mit religiösem Charakter, zu denen auch die herkömmlich von der Schule veranstalteten Morgenandachten und Schulgottesdienste, auch Schulmessen, gehören, gleichgültig, ob sie in der Schule selbst oder in einer benachbarten Kirche, an Werktagen oder Sonntagen, stattfinden. Zur Teilnahme an diesen Schulfeiern können Lehrer, soweit sie nicht von der Erteilung des Religionsunterrichtes befreit sind, verpflichtet werden.

In Kiel begann die sechste Mitgliederversammlung des Reichsarbeitgeberverbandes Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, verbunden mit einer Reichskonferenz der Direktoren der kommunalen Straßenbahnen und der Geschäftsführer der kommunalen Landes- und Provinzial-Arbeitgeberverbände.

*

Die deutschnationale Landtagsfraktion führte in einer Anfrage Beschwerde darüber, daß bei der Verteilung der Hauszinssteuerhypotheken durch die Stadt Altona das private Baugewerbe völlig ausgeschaltet worden sei. In seiner Antwort, die eine grundsätzliche Bedeutung hat, weist der preußische Minister für Volkswohlfahrt darauf hin, daß über die Vergebung der Hauszinssteuerhypotheken allein die Gemeinden und Gemeindeverbände unter eigener Verantwortlichkeit zu entscheiden haben. Eine Ausschaltung des privaten Baugewerbes bei der Verteilung der Hauszinssteuerhypotheken ist in den Richtlinien nicht vorgesehen und nicht beabsichtigt.

OPEL

Lieferwagen

250 Mark

monatliche Abzahlung innerhalb Jahresfrist / Anzahlung 1000 Mark inkl. Versicherung gegen Feuer, Diebstahl, Haftpflicht und Zusammenstösse

Lieferung durch die 800 deutschen Opel-Vertreter, sowie durch die Kredit-Abt.

Adam Opel, Rüsselsheim-M.

Die Brüder Michael.

Roman von Wolfgang Marken.

Urheber-Rechtsschutz durch Verlag Oskar Meister, Werdau

16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ich weiß noch nicht, Kerpen. Erst will ich der Großstadt einmal vierzehn Tage den Rücken kehren. Dann wird sich alles finden. — Sie hatten eine kleine Auseinandersetzung mit Schwabe?"

„Ja. Der verlangte, daß ich auf Sie einwirken solle."

„So. Was wünscht denn der hohe Herr?"

„Sie sollen sich entschuldigen", sagte Kerpen trocken.

Klaus sah kopfschüttelnd Hanna an. „Haben Sie gehört, Hanna? Sind wir denn in einem Tollhaus oder ist die ganze Welt verrückt?"

Hanna nickte dem Geliebten lächelnd zu. Dann wandte sie sich an Kerpen. „Was gedenken Sie zu tun?"

„Seinen Rücktritt als Vorsitzender verlangen."

„Bravo!" Ihre Augen blitzten. „Wann?"

„Heute abend ist die Sitzung einberufen."

Sie reckte sich stolz und sagte strahlend zu Klaus: „Ich werde mit dabei sein. Und — Sie, Klaus?"

„Ich fehle, Hanna."

„Und morgen —?"

„Komme ich mit Werner zu Ihnen. Jetzt muß ich mich empfehlen, lieber Kerpen. Wir sprechen uns wieder."

* * *

Schweigend gingen Klaus und Hanna die breite Tiergartenstraße hinunter und sahen nicht, wie die Augen so vieler Vorübergehender an ihnen haften blieben. Sie sahen es nicht, denn in ihren Seelen war das große Glück erwacht, das sie ganz erfüllte. Das Ereignis am Nachmittag hatte beiden den Schleier weggezogen. Zum ersten Male wußten sie, daß sie einander gehörten, daß ihre Liebe stark und unlösbar war.

Als sie durch das Brandenburger Tor schritten, weckte sie der Großstadtlärm aus ihren Sinnen. Sie sahen sich versonnen an und atmeten auf. Hanna fühlte sich glücklich, als Klaus ihre Hand faßte, und im Händedruck fanden sich ihre Herzen wieder fest zueinander.

„Ich freue mich des morgigen Tages, Hanna."

Sie errötete über und über vor Freude. „Trotz des heutigen, Klaus?"

„Trotzdem. Ein Tag mit Ihnen, Hanna, ist nie verfehlt. Weht tut's mir nur, daß ich Sie in diese Lage gebracht habe."

„Das konnten Sie nicht ändern, lieber Klaus."

„Vielleicht nicht. Es ist möglich. Ich freue mich nur, daß Sie in allen Lebenslagen der gleiche, frisch-fröhliche Kamerad bleiben. Und es ändert sich nichts, und wenn die Welt einstürzt."

„Es bleibt, Klaus. Felsenfest."

„Wohin wollen wir, Hanna?"

„Sie müssen bestimmen, Klaus."

Fröhlich sah er sie an. „Getrauen Sie sich mit mir in den „Gambrinus"?

„In die Hölle, Klaus, wenn es sein muß. Sie halten mich für einen recht feigen Kameraden."

„Verzeihen Sie, ich habe alles Vertrauen zu Ihnen, aber ich möchte Ihnen jeden Stein aus dem Wege räumen, möchte Ihnen das Leben wirklich schön machen."

„Womit habe ich das alles verdient?" scherzte sie.

Als sie in seine Braunaugen sah, senkte sie verwirrt den Blick vor dem Strahl, der daraus hervorbrach.

„Weil ich dich liebe, Hanna"

Ganz leise sagte er das. Doch ihr war, als übertöne es allen Lärm der Großstadt. Sie drückte seine Hand innig und sagte mit bebender Stimme: „Du Liebster — du kommst doch bald wieder — und du wirst mich nie verlassen."

Da wurden seine Augen ernst und schwermütig.

„Das weiß Gott, Hanna. Nie werde ich einem anderen Menschen zugehören, nie, Hanna."

Sie traten in den „Gambrinus", wo man sie herzlich begrüßte.

Es war noch nicht eine Stunde vergangen, als Werner erschien, noch müde und bleich. Aber auch er wurde froh unter den fröhlichen Menschen.

* * *

Am Sonntag früh erhielt Klaus einen Brief von seinem Stiefneffen Erich, der um eine Aussprache im Treptower Park bat. Der Treffpunkt war genau bezeichnet.

„Was gedenkst du zu tun? Der Bursche verdient nicht, daß du dem Verlangen entsprichst."

Klaus überlegte: „Wann, schreibt er?"

„Um halb zehn Uhr erwartet er dich."

„Wenn wir von Hanna kommen, können wir es wohl einrichten, Werner. Vielleicht will er Abbitte leisten."

„Traust du das dem Burschen zu?"

„Ich weiß nicht, Werner. So genau kenne ich ihn nicht. Wir werden ja sehen."

Nach wenigen Minuten fuhren sie mit dem Vorortzug von Lichterfelde fort.

Als sie im Grunewald die breite Villenstraße im schönsten Sonnenschein hinunterschritten, sahen sie aufmerksam nach rechts und links. Endlich erfuhren sie von einem Grunewälder, wo die Villa „Hanna" zu suchen sei.

Während sie rüstig ausschritten, fragte Werner plötzlich:

„Weißt du über Hanna eigentlich Näheres, Klaus?"

„Nein. Nur, daß sie bei reichen Verwandten lebt. Ihr Onkel ermöglicht ihr das Studium und eine bescheidene, sorgenfreie Lebensweise."

Werner schüttelte den Kopf.

„Das — das glaube ich nicht."

„Glaubst du, daß Hanna lügt?"

„Ruhig, nur nicht gleich so böse, Klaus. Die Hanna ist der beste, zuverlässigste Mensch in meinen Augen. Aber ich glaube doch — sie ist ein sehr, sehr vermögendes Mädel."

„Warum sollte sie mir das Gegenteil sagen?"

„Weiß ich nicht. Also Schluß davon. Hier sind wir ja auch. Donnerwetter, ist das ein prachtvoller Bau!"

Beide blieben unwillkürlich stehen und betrachteten aufmerksam das stattliche Gebäude, eine im reinsten alt-englischen Stil erbaute Villa. Im Garten blühten Rosen und andere herrliche Blumen.

Sie klingelten.

Ein Diener öffnete und verbeugte sich. „Die Herren Michael?" fragte er höflich. „Bitte treten Sie ein. Darf ich vorangehen?"

Sie folgten dem Diener durch den Garten, stiegen einige Stufen empor und standen in einer tiefgaen Diele, die mächtige Bilder schmückten und deren kostbare, geschmackvolle Einrichtung von des Besitzers feinsinnigem Geist und tiefgründigem Geldbeutel zeugten.

Während der Diener davoneilte, um sie zu melden, versanken beide in den tiefen Sesseln und schauten erst den Raum und dann sich an.

„Unerhört nobel, die Einrichtung, Klaus."

„Ja." Förmlich bedrückt kam es heraus.

„Nanu, mein Lieber, das paßt dir wohl gar nicht?"

Klaus nickte.

„Ich kann mir Hanna in dieser Umgebung gar nicht vorstellen."

„Richtig, Bruderherz. Aber abwarten."

Der Vorhang bewegte sich und wurde zurückgeschoben. Eine hochgewachsene, weißhaarige alte Dame mit ungemein gütigen Zügen trat ein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260625013/fragment/page=0002